

# Basel, Hauptstadt der IV-Bezüger

## «Unerklärlich» hohe Invaliden-Quote – rasche Zunahme der psychisch Kranken

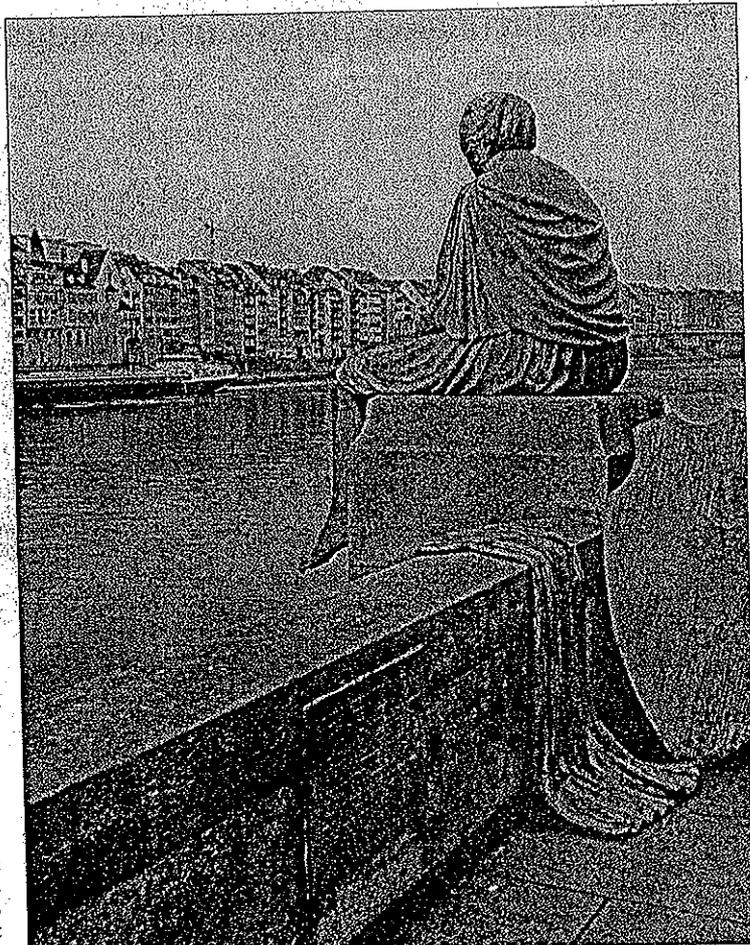
Die Zahl der IV-Rentner steigt in der Schweiz unablässig – in Basel ist die Quote besonders hoch. Gemäss einer Studie liegt das auch an der ungleichen Rentenbewilligungspraxis.

Andreas Merz, Francesco Benini

Was Invalidität anbelangt, steht der Kanton Basel-Stadt in der Schweiz einsam an der Spitze: 8,7 Prozent der Einwohner Basels haben im vergangenen Jahr eine IV-Rente bezogen. Im Schweizer Durchschnitt lag die IV-Rentnerquote bei 4,9 Prozent. Der Kanton Zürich kommt auf 4,4, Genf auf 5,5 Prozent. Die IV-Stelle des Kantons Basel-Stadt erhoffte sich von einer Studie des Bundesamts für Sozialversicherung (BSV) eine Bestätigung dafür, dass «Stadtfaktoren» wie ein höherer Anteil von älteren Personen, Arbeitslosen und Ausländern sowie die grosse Ärztedichte ausschlaggebend sind für den Basler «Rekord». Die Studie ist zu einem anderen Ergebnis gekommen.

Die Untersuchung listet die Rentendaten nicht nach Kantonen auf, sondern nach Postleitzahl-Gebieten. Die Schweizer Städte lassen sich so ohne Berücksichtigung ihres ländlichen Umlandes vergleichen. Weil für die definitive Auswertung noch einige Daten fehlen, will BSV-Vizedirektorin Beatrix Breitenmoser das Papier noch nicht publizieren. Sie hält jedoch fest, dass sich der Faktor Stadtkanton als nicht entscheidend herausgestellt habe. «Andere Städte haben deutlich tiefere Rentnerquoten als Basel», betont Breitenmoser. Die Basler Werte seien «ein unerklärbares Phänomen». Die IV-Stelle Basel will zur Studie keine Stellung nehmen.

Sind die Basler Behörden zu large in der Zuspriechung von IV-Renten? Stellen Basler Ärzte und Psychiater zu schnell Gutachten aus, die einen Rentenbezug empfehlen? Aufschluss über diese Fragen erhoffen sich die Experten des BSV von der Nationalfondsstudie «Analyse der interkantonalen Unterschiede innerhalb der IV», die bis Ende Jahr vorliegen soll. Die Studie geht von drei Faktoren aus, die bei den



Helvetia sitzt betrübt am Kleinbasler Rheinufer. (Martin Rüttschi / Key)

erheblichen kantonalen Unterschieden eine Rolle spielen: die erwähnten städtischen Besonderheiten in der Bevölkerungsstruktur, zweitens die unterschiedlichen Erwartungen der Bevölkerung an den Sozialstaat und schliesslich «IV-stelleninterne Faktoren», also vor allem die Bewilligungspraxis. Die Studie geht davon aus, dass der Anteil dieser drei Faktoren an den kantonalen Unterschieden je 33 Prozent beträgt.

Die Basler Behörden stehen nicht zuletzt darum unter Druck, weil die Zahl der IV-Rentenbezüger unablässig

steigt – nicht nur am Rheinknie. Seit 1992 nimmt die Zahl der IV-Rentner in der Schweiz im Durchschnitt um vier Prozent pro Jahr zu. Parallel dazu rutscht die Invalidenversicherung immer tiefer in die roten Zahlen; 2001 betrug das Defizit eine Milliarde Franken. Zum einen spielen hier demographische Entwicklungen eine Rolle: Es gibt immer mehr Senioren – und die Wahrscheinlichkeit, dass jemand IV-Rentner wird, steigt mit zunehmendem Alter. In der Schweiz bezieht jeder fünfte 60-jährige Mann Leistungen von

der IV. Zudem erhöht sich die Zahl der Frauen, die einen Betrag von dieser Versicherung erhalten; dies ist eine Folge der Gleichberechtigung. Schliesslich lässt sich eine starke Zunahme der «Berentung aus psychischen Gründen» feststellen; in diesem Bereich liegt der markanteste Anstieg.

Der medizinische Leiter der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich, Wulf Rössler, ist davon überzeugt, dass die Zahl der psychisch Kranken nicht steigt. Jedoch würden psychisch Kranke zunehmend in die IV-Rente abgeschoben, auch wenn nicht alle Behandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft worden seien. Unter einigen Psychiatern mache sich Resignation breit. Ausserdem habe in der Berufswelt die Toleranz gegenüber psychisch Kranken abgenommen. «Viele Firmen streichen ihre sogenannten Nischenarbeitsplätze, und die entlassenen Angestellten sollen dann von der IV übernommen werden», so Rössler. Die Bereitschaft der Arbeitgeber, Arbeitskräfte zu beschäftigen, die nicht 100 Prozent Leistung erbringen könnten, nehme ab.

Der Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, Peter Hasler, bestreitet diese Aussage nicht. «Ich will gar nicht beschönigen, dass auch die Arbeitgeber an der steigenden Zahl von IV-Bezügern schuld sind», sagt Hasler. Er kritisiert, dass allgemein zu wenig Anstrengungen unternommen würden, Personen in die Arbeitswelt einzugliedern, statt sie der IV-Rente zuzuführen. Hasler zweifelt im Übrigen nicht daran, dass die Bewilligungspraxis in den Kantonen uneinheitlich ist – ein Zustand, der gegen die Rechtsgleichheit verstosse. «Alle Leute müssen nach demselben strengen Massstab beurteilt werden», verlangt er.

Im kommenden Jahr sollen nach einer Annahme der IV-Gesetzesrevision durch die eidgenössischen Räte regionale ärztliche Dienste eingerichtet werden, die Kandidaten für IV-Leistungen einer medizinischen Untersuchung unterziehen können. Bis jetzt stützen sich die IV-Stellen in den Kantonen nur auf die Aktenlage. Ein regionaler ärztlicher Dienst könnte der «unerklärlich» einmaligen IV-Bewilligungspraxis des Kantons Basel-Stadt also schon bald ein Ende bereiten.